

Extremismus bekämpfen: Islamismus und Salafismus

*Beschluss des Bundesfachausschusses
Innenpolitik der CDU Deutschlands*

Extremismus bekämpfen: Islamismus und Salafismus

Viele Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen leben in unserem Land. Deutschland ist dabei ein Land der gesellschaftlichen Vielfalt und Toleranz. Auf der Basis unseres Rechts- und Wertesystems leben wir in Frieden und Freiheit miteinander. Das Entstehen von Parallelgesellschaften wollen wir verhindern, bestehende Parallelstrukturen beseitigen. Abschottungstendenzen führen allzu oft zu Radikalisierung und Extremismus und einer Abkehr von unserem Rechts- und Wertesystem. Ein Leben miteinander ist nur auf einer gemeinsamen Grundlage, und zwar dem gemeinsamen Verständnis für Recht, Freiheit und Demokratie möglich. Diese Grundlage ist und bleibt unser Grundgesetz sowie unsere Werte und kulturelle Wiege im Herzen Europas. Wir fordern ein klares Bekenntnis zu unserer Werte- und Rechtsordnung in Deutschland. Radikalisierungstendenzen gilt es, so früh wie möglich zu verhindern, um Extremismus den Nährboden zu entziehen. Das wird jedoch nur gelingen, wenn Staat und Gesellschaft dies als gemeinsame Aufgabe verstehen. Extremisten zielen darauf ab, unseren Staat und unsere Gesellschaft zu bekämpfen bzw. nachhaltig zu schädigen. Dem werden wir uns mit aller Härte des Rechtsstaats entgegenstellen. Dazu werden wir die Sicherheitsbehörden weiter stärken. Der Handlungsspielraum für extremistische Aktivitäten muss weiter konsequent eingeschränkt werden. Zu einer offenen Gesellschaft gehört es, auch wehrhaft zu sein, sei es gegenüber Bedrohungen von innen oder von außen. Dafür stehen wir als CDU!

Parallelgesellschaften verhindern

Offene Gesellschaften erfordern Toleranz auf der einen sowie Anpassungsfähigkeit auf der anderen Seite. Wir akzeptieren Herkunft, Kultur und Weltanschauung von allen Menschen in unserem Land, jedoch sind dieser Akzeptanz für ein friedliches Zusammenleben klare Grenzen gesetzt. Wir erwarten daher von allen Menschen in Deutschland, ganz gleich, ob hier geboren oder erst zu uns gekommen, die Einhaltung unserer Gesetze sowie den Respekt gegenüber unserer Kultur und unserem Rechtsstaat. Eine Abkehr von unserem Rechtsstaat lehnen wir ab. Menschen, die nach Deutschland gekommen sind und hier bei uns leben, müssen unsere Rechtsordnung anerkennen. Wer permanent gegen diese verstößt, darf grundsätzlich kein Bleiberecht erhalten und muss das Land auch tatsächlich sobald möglich wieder verlassen. Insbesondere akzeptieren wir keine religiösen Sondergerichte außerhalb unserer Rechtsordnung und werden diesen entschieden entgegentreten. Dazu wollen wir das Gewaltmonopol des Staates weiter stärken. Zur Verhinderung von Parallelgesellschaften halten wir neben den vielen Maßnahmen zur Integration auch ein klares Bekenntnis zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und unseren Werten für unerlässlich. Ein Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz und den deutschen Gesetzen ist für alle Menschen, die in unser Land kommen und hier leben möchten, Pflicht. Bei

Einbürgerungen setzen wir uns für die Leistung eines Eides bzw. Ablegung eines Gelöbnisses als Ausdruck eines deutlichen Bekenntnisses zu unserer Werteordnung sowie für eine erweiterte Prüfung im Einbürgerungstest im Hinblick auf unsere Werte ein. Der neue Eid bzw. das neue Gelöbnis soll – zusätzlich zu dem formalen Bekenntnis zu unseren Gesetzen – ein deutliches Bekenntnis zu unserer Werteordnung in Deutschland sein. Darüber hinaus halten wir im Rahmen der Einbürgerungstests eine umfangreichere Abfrage unserer Werte wie Frieden, Menschenrechte, Demokratie, Freiheit des Einzelnen, Respekt, Gleichberechtigung, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit für geboten. Nur wer sich zu unserer Gesellschaft bekennt, wird auf Dauer auch Teil unserer Gesellschaft werden können. Zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in unserem Land gehören auch die offene und gleichberechtigte Begegnung und der wechselseitige Austausch. Dies ist jedoch nur möglich, wenn alle Seiten bereit sind, von Angesicht zu Angesicht miteinander zu kommunizieren. Diese Offenheit vermissen wir bei öffentlich getragenen Vollverschleierungen. Wer eine solche trägt, dokumentiert damit seine fehlende Bereitschaft, Teil unserer freien und offenen Gesellschaft werden zu wollen. Die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit lehnen wir deshalb ab.

Radikalisierung vorbeugen

Dort, wo in unserer Gesellschaft Abschottung und Intoleranz stattfinden, entsteht der Nährboden für Radikalisierungsprozesse. Diese können oft erst sehr spät, teilweise zu spät, für das Umfeld sichtbar werden. Familien, Freunde, Vereine, Schulen, Jugendhilfen, Justiz und Polizei stehen dadurch vor großen Herausforderungen, das gemeinsam zu verhindern. Es bedarf weiterer Anstrengungen, um frühzeitig Radikalisierungen erkennbar zu machen. Teilweise werden Radikalisierungen zwar im familiären Umfeld wahrgenommen, doch bestehen oft Handlungsunsicherheiten bei den Angehörigen. Hier setzen wir an. Junge Menschen sind häufig auf der Suche – einige suchen Antworten auf weltliche oder religiöse Fragen, andere ihren Platz in der Gesellschaft. Diese existenzielle Unsicherheit junger Frauen und Männer machen sich Radikale der islamistischen Szene wie die Salafisten auf perfide Weise zunutze. Von der Koranverteilungsaktion „LIES!“ auf deutschen Straßen bis hin zu Propagandavideos im Internet, die zum Heiligen Krieg anstacheln und Intoleranz predigen, versuchen Salafisten auf verschiedenen Wegen, ihre einfachen und zugleich extrem gefährlichen Botschaften unter die Leute zu bringen. Die Koranverteilungsaktionen „LIES!“ müssen systematisch enttarnt werden, da der Grund dieser Aktion nicht in erster Linie im Recht auf freies Werben für eine Religion zu finden ist. Wir fordern Polizei und Ordnungsbehörden dazu auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um aggressive Anwerbeversuche im öffentlichen Raum, auch im Internet, zu verhindern. Wir halten vielfältige Strategien für notwendig, um denjenigen zu helfen, die abzugleiten drohen oder Unterstützung beim Ausstieg suchen. Die Ansätze hierfür müssen möglichst früh erfolgen und im

Querschnitt des persönlichen Umfelds verankert sein. So spielen insbesondere Schulen und Vereine, also Orte, an denen sich junge Menschen außerhalb ihres familiären Umfelds aufhalten, das Internet und soziale Netzwerke sowie Moscheegemeinden und Islamverbände bei der Prävention eine bedeutende Rolle. Auch müssen Radikalisierungen in Justizvollzugsanstalten durch eine geeignete Präventionsarbeit verhindert werden. Hierbei wollen wir die Länder und Kommunen stärker unterstützen. Zugleich setzen wir uns auch für die Beratung und Unterstützung für Personen sowie deren Angehöriger ein, die sich bereits radikalisiert haben oder in dieser Hinsicht als gefährdet gelten. Auch Betroffene, die aus der salafistischen Szene aussteigen wollen, müssen konkrete Hilfestellungen erhalten. Öffentliche Gelder zur Präventionsarbeit dürfen dabei jedoch nur für solche Partner (Einrichtungen) vergeben werden, welche sich zu unserem Rechtsstaat und unseren Werten bekennen. Mit diesen Ansätzen zur Prävention wird es möglich sein, den unterschiedlichen Radikalisierungstendenzen unserer Zeit flexibler zu begegnen und Extremismus weiter zu verhindern. Der Staat kann den Kampf um die Köpfe und Herzen junger Menschen jedoch nicht alleine gewinnen. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefragt. Hier sind auch gerade die Menschen islamischen Glaubens in Deutschland gefragt: Es bedarf einer klaren Haltung gegen Islamismus und Terror. Moscheegemeinden und Islamverbände dürfen nicht zulassen, dass manche versuchen, ihren Glauben beziehungsweise ihre Religion zu diskreditieren. Die Verbindung der Themen „Radikalisierung“ und „Integration“ werden uns daher auch in Zukunft beschäftigen. Daran werden wir als CDU weiter arbeiten.

Extremismus bekämpfen

Der Salafismus ist derzeit eine der größten Herausforderungen für unsere Sicherheitsbehörden und eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung in Deutschland. Das Weltbild der Islamisten steht in einem krassen Gegensatz zu unseren Werten und Überzeugungen. Während Freiheit und Menschenrechte zu den höchsten Gütern unserer Demokratie zählen, streben Salafisten und die Kämpfer des sogenannten „IS“ nach ganz anderen Regeln, weit außerhalb unseres Grundgesetzes. Dabei schrecken sie auch nicht davor zurück, ihren Anspruch als Vertreter des „wahren“ Islam durch brutale Terror-Anschläge zu unterlegen. Die Terror-Attacken, zuletzt in Paris und Brüssel zielten darauf ab, unsere Werte und unser friedliches Zusammenleben anzugreifen. Der Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ hatte dazu das Ziel, nicht nur eine freie Presse, sondern vielmehr eine freie Gesellschaft mundtot zu machen und nachhaltig zu verunsichern. Wir lassen uns von solchen extremistischen Handlungen nicht einschüchtern und stehen solidarisch an der Seite Frankreichs, Belgiens und unserer weiteren europäischen Partner. Die Freiheit und Werte, die unser Zusammenleben prägen, sind stärker als dieser Terror und diese menschenverachtende Ideologie. Wir werden unsere Freiheit schützen und bewusst jene Werte leben, die für alle Mitglieder unserer Gesellschaft verbindlich sind – unabhängig von ihrer

Herkunft, ihrer kulturellen Identität oder ihres Glaubens. Wer seine Freiheit im Sinne unseres Grundgesetzes lebt und sich nicht verängstigen lässt, besitzt die beste und wirksamste Waffe gegen Extremisten und Terroristen. Unser Rechtsstaat muss sich angesichts dieser drohenden Gefahren besonders wehrhaft zeigen. Repression und Strafverfolgung sind hierfür wirksame Mittel. Wer eine menschenverachtende Ideologie oder gar eine terroristische Vereinigung unterstützt, muss die volle Härte unseres Rechtsstaates spüren. Daher wollen wir bereits das Werben um Sympathie für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung unter Strafe stellen. Auch wollen wir, dass Mitglieder von Zellen, die Brand- und Sprengstoffanschläge vorbereiten, künftig regelmäßig als Mitglieder terroristischer Vereinigungen eingestuft und entsprechend bestraft werden. Extremistische Islamisten ziehen auch aus Deutschland in Richtung Syrien, um sich dem Krieg des sogenannten „IS“ anzuschließen. Wir müssen unsere Gesellschaft vor diesen Terroristen schützen. Hierzu bedarf es starker und gut ausgestatteter Sicherheitsbehörden, deren Arbeit nicht durch öffentliche Debatten fortwährend untergraben wird. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen terroristischen Ereignisse und Entwicklungen in Europa – und hier können wir Deutschland nicht ausnehmen – ist die Arbeit unserer Nachrichtendienste und Verfassungsschutzbehörden jedoch wichtiger denn je und entscheidender Bestandteil der Sicherheitsarchitektur. Aus diesem Grunde muss auch die Zusammenarbeit unserer Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene verstärkt und ein besserer innereuropäischer Datenaustausch ermöglicht werden. Es ist uns daher ein Anliegen, die besondere Bedeutung dieser Arbeit für die Sicherheit in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu betonen. Insbesondere dann, wenn ausgewanderte Extremisten aufgrund von Gewalterfahrungen enthemmt und weiter radikalisiert nach Deutschland zurückkehren wollen, müssen wir mit aller Härte vorgehen. Diesen Terroristen muss klar sein, dass es dann keinen Weg zurück nach Deutschland geben kann. Denn wer sich in diesem Maße gegen die Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stellt, verliert auch seinen „Platz“ in unserer Gesellschaft. Daher ist der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Deutschen mit mehreren Staatsangehörigkeiten, die im Ausland für eine terroristische Vereinigung kämpfen, wichtig. Hierzu bedarf es einer Erweiterung des Staatsangehörigkeitsgesetzes um einen entsprechenden Tatbestand. Wir müssen unser Land vor den jihadistisch motivierten Männern und Frauen schützen, welche sich dazu entschließen, die barbarischen Taten des IS zu unterstützen.